

Eine Volksabstimmung über den Irakkrieg?

von Andreas Hodapp-Schneider, VERS 1 November 2006

„Eine Volksabstimmung“, so lautete jedenfalls die Einschätzung europäischer Medien zu den Kongresswahlen in den USA im November 2006. Wie weit ist diese Einschätzung durch die Realität gedeckt?

Niemand zweifelt daran, dass die „Halbzeitwahlen“ ein Debakel für die Republikanische Partei waren. Analysiert man jedoch das Ergebnis anhand der so genannten „Exit Polls“, Wählerbefragungen direkt nach der Stimmabgabe, ergibt sich ein differenziertes Bild. Bei der Frage, welches Thema am stärksten ihre Wahl beeinflusst hat, kam das Thema „Irak“ mit nur 37% auf Platz 4. Nach „Ethisches Verhalten“, „Terrorismus“ und „Wirtschaft“. Auf Platz 5 und 6 folgen „Werte“ (mit 36%) und „Illegale Einwanderung“. Selbst diejenigen, für die der Irakkrieg wahlentscheidend war, wählten nur etwa zur Hälfte die Demokraten. Die andere Hälfte machte wohl gerade aufgrund des Krieges ihr Kreuzchen bei der Partei des Präsidenten.

Was gab aber dann den Ausschlag? Insbesondere zwei Wählerwanderungen haben den Republikanern die Suppe versalzen: zwei von fünf Evangelikalen/Born Again Christians wählten diesmal demokratisch und bei den Latinos verloren die Republikaner satte 14 Prozentpunkte. Für die Evangelikalen war sicher der Umgang der Republikaner mit Korruption und Sexskandalen der letzten Wochen vor der Wahl mit entscheidend. Immerhin stellt die Gruppe der Evangelikalen, die sog. „Religious Right“, 38% der amerikanischen Wähler. Und hier stimmten satte 41% diesmal für die Demokraten.

Unter den Latinos hatte Bush bei den vergangenen Wahlen immer wieder ein gutes Plus herausholen können. Entscheidend war hier einerseits Bushs sehr gute spanische Sprachkenntnis - aber vor allem seine Haltung in der Abtreibungs- und Stammzellfrage, die für die mehrheitlich traditionalistisch-katholischen Latinos wichtig war. Den größten Schaden fügte den Republikanern in diesem Wählersegment die restriktive Einwanderungspolitik der Republikaner zu. Den Latino-Wählern war offensichtlich das Herausholen ihrer Landsleute aus der Illegalität und das Nachholen von Familienangehörigen vorerst wichtiger als Wertfragen. Da es sich um die am stärksten wachsende Bevölkerungs- und vor allem Wählergruppe handelt, spielt die Zeit für sie. Die Wählerschaft wird in den nächsten Jahrzehnten tendenziell religiöser, spanischer und sozialer - zumindest in den für Familien aus Lateinamerika wichtigen Fragen wie Mindestlohn und Gesundheitsfürsorge. Kurzfristig könnten die Demokraten davon profitieren, langfristig kann der Spagat zwischen katholischen Zuwanderern und liberalem Ostküstenestablishment eine Spaltung der Partei bedeuten.

Die Republikaner sind nun in einer bequemerer Lage. Sie können die Demokraten noch vor der Präsidentschaftswahl 2008 mit in die Verantwortung einbinden und sie dazu zwingen, ihre eigenen Vorschläge zum Irak auf den Tisch zu legen. Als ersten Erfolg kann Bush verbuchen, dass auch bei der gegnerischen Partei die Forderungen nach einem sofortigen Abzug in eine Minderheitenposition geraten sind. In Repräsentantenhaus und Senat ist zudem der erwartete „Erdrutsch“ ausgeblieben. In der zweiten Kammer stehen nun 49 republikanische Senatoren einer gleich hohen Anzahl von Demokraten gegenüber. Hinzu kommen zwei Unabhängige, von denen der eine, Joe Lieberman, ein expliziter Befürworter des Irakkrieges ist. Dort, wo die Demokraten den Republikanern Wahlkreise abgenommen haben, waren vor allem christliche und konservative Kandidaten ins Rennen geschickt worden, die den Evangelikalen eine Alternative bieten konnten. Für ein „Impeachment“ fehlt deshalb vermutlich die Mehrheit, wie Nancy Pelosi, die neue Mehrheitsführerin zu Bedenken gibt.

Was bleibt von diesem Ergebnis im Hinblick auf die Wahlen in 24 Monaten? Bush muss zwei Jahre lang mit einem demokratisch dominierten Kongress regieren und ist damit in der gleichen Lage, die Clinton zwischen 1994 und 2000 bewältigen musste. Für Europa und Deutschland eine unbequeme Situation, denn die Demokraten wollen an allen Kriegsschauplätzen ein stärkeres Engagement der Verbündeten. Ein Multilateralismus, der die Belastungen und die Verantwortung auf breitere Schultern legen will. Das bedeutet einerseits mehr Mitsprache, aber vermutlich auch sehr viel mehr europäische Soldaten, zumal Hillary Clinton und ihre Partei bei den Problemfällen Somalia und Darfur von den afroamerikanischen und evangelikalen Gemeinden zu einer Intervention gedrängt werden.

Die Republikaner müssen sich nach dieser Niederlage im Klaren sein, dass sie nur gewinnen können, wenn sie Evangelikale und Latinos mobilisieren. Ebenso, wie ihre Gegner sich bewusst werden, dass sie nur siegen können, wenn sie die Religiösen binden.

Egal welche Partei in Zukunft Mehrheiten organisiert, die „Family Values“ werden an Bedeutung gewinnen. Auf eine kurze Formel gebracht: Die Christen gewinnen Einfluss - nur das politische Personal wechselt. Und: der Interventionismus wird nicht ad Acta gelegt, nur die Priorität der Schauplätze ändert sich.